

KOMMUNISTEN ALS HOCHSCHULLEHRER?

SPiegel-Gespräch mit dem Berliner Wissenschafts-Senator Professor Werner Stein



Stein (M.) beim SPIEGEL-Gespräch in seinem Amtszimmer in Berlin*

SPiegel: Im Unterschied zu Frankreich oder Italien gibt es an den Universitäten der Bundesrepublik und West-Berlins bis jetzt nur sehr wenige marxistische Hochschullehrer. Welches sind die Gründe dafür? Meinen Sie, daß es in dieser Gesellschaft Hemmungen gibt, Marxisten auf Lehrstühlen zu berufen?

STEIN: Ich weiß nicht, wie viele Marxisten auf Lehrstühlen sitzen; außer ihrer Lehrmeinung tragen sie ja

kein besonderes Abzeichen. Ich gehe aber davon aus, daß Sie recht haben, und vermute, daß sich hier der Antikommunismus unserer Nachkriegsgesellschaft auswirkt. Was Frankreich und Italien betrifft: Der Antikommunismus nimmt mit der Entfernung vom Kommunismus ab; den umgekehrten Vorgang sehen Sie in Berlin, wo die Konfrontation besonders hart ist.

SPiegel: In Frankreich lehrt das ZK-Mitglied der KPF, Pierre Juquin,

Literatur in Nanterre, und neben vielen anderen Hochschullehrern ist Louis Althusser prominentes Mitglied der Kommunistischen Partei. Bei uns hätte ein bekanntes Mitglied der Kommunistischen Partei auch heute noch keine Chance, als Hochschullehrer berufen zu werden.

STEIN: Der Kommunismus spielt in Frankreich und Italien eine andere gesellschaftspolitische Rolle als bei uns. Er ist salonfähiger, ähnlich wie in bestimmten Episoden unserer zwanziger Jahre, die ich noch mit Bewußtsein erlebt habe, wo intelligent und kommunistisch zu sein in weiten Kreisen fast ein Synonym war. Diese Länder haben aber auch nicht so konkrete innenpolitische Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus; er war für sie hauptsächlich ein außenpolitisches Problem. Sie waren deshalb freier in der Ausbildung marxistischer Theorie.

SPiegel: Wenn man nun den dogmatischen Marxisten grob dadurch kennzeichnet, daß er die Produktionsmittel vergesellschaftet und zu diesem Zweck die Diktatur des Proletariats errichten will, verstieße Ihrer Meinung nach eine solche Umsturz-Lehre gegen die Beamtenpflichten des Hochschullehrers?

STEIN: Nein. Man kann natürlich auf dem Lehrstuhl einer Hochschule lehren, was Marxismus ist und was der Marxismus will. Der Hochschullehrer, der Marxist ist, wird darüber hinaus auch noch bekennen: Ich halte diese marxistischen Ideen für richtig. Und soweit ich orientiert bin, ist auch das noch möglich. Er darf nur nichts tun, um das, was er für richtig hält, in der Gesellschaft zu organisieren, also meinerwegen eine Partei aufzubauen, die das will.

SPiegel: Darf er denn einen Schülerladen als Experimentierfeld einrichten?

STEIN: Einen Schülerladen aufzuheben ist gar nicht verboten. Es kommt eben darauf an, was in diesem Schülerladen tatsächlich geschieht. Wenn man sagt, man will die Kinder auf ihre soziale Situation aufmerksam machen, dann gäbe es keinen Grund, das zu verbieten. Aber es können natürlich Konflikte entstehen zwischen dem, was offiziell für Kinder als gut angesehen wird, und dem, was man dort für gut hält.

SPiegel: Läßt sich eine Grenze ziehen zwischen dem, was ein Marxist vom Katheder sagt, und seinem praktischen Handeln — etwa in einem Schülerladen?

STEIN: Sicher ist das schwierig. Dennoch gibt es da theoretisch eine klare Grenze: Er darf jederzeit sagen, was er für wahr hält, wenn er aber die Wahrheit realisieren will ...

SPiegel: Das darf er nicht?

* Mit Ulrich Leisner, Dieter Brumm.

WERNER STEIN

ist seit 1964 Senator für Wissenschaft und Kunst in West-Berlin und damit politisch verantwortlich für die unruhigste deutsche Hochschule, die Freie Universität. Den Forderungen der von dort ausstrahlenden antiautoritären Protestbewegung kam er mit einem — 1969 in Kraft getretenen — Universitätsgesetz entgegen, das zum erstenmal die Demokratisierung von Hochschulgremien ermöglichte. Stein geriet damit ins kulturpolitische Kreuzfeuer rechter wie linker Kritiker: Die CDU forderte mehrfach seinen Rücktritt, aber auch dem immer mehr anwachsenden rechten Flügel seiner Berliner Partei, der SPD, erscheint er noch zu nachgiebig gegenüber allem, was links ist. Der vielseitige Mann — er ist Professor für Biophysik an der FU und schrieb im vergangenen Sommer das Vorwort zum 300. Tausend des von ihm verfaßten synoptischen Geschichtsllexikons „Kulturfahrplan“ — kämpft auch an der FU einen Zweifrontenkrieg um Zeitgewinn für seine Reformen: gegen die konservative und meist anonym agierende Professorenriege der „Notgemeinschaft für eine freie Universität“ und gegen die marxistisch-leninistischen „Roten Zellen“ (SPiegel 41/1970). Letzte Woche mußte er eine Niederlage einstecken;

das von FU-Präsident Rolf Kreibich angerufene Berliner Verwaltungsgericht hob vorerst seine Anordnung auf, drei Übungen im Fachbereich 16 (Germanistik) zu streichen. Die drei inkriminierten Lehrveranstaltungen über antikapitalistische Literatur und Dokumente des Klassenkampfes nach 1945, abgehalten von drei jungen Wissenschaftlern und besucht von etwa 300 Studenten, waren in das Programm des „Sozialistischen Studiums“ der Roten Zelle Germanistik (Rotzeg) aufgenommen und vom Fachbereichsrat am 4. November als „verfassungsfeindliche Handlung“ qualifiziert worden. Aber schon drei Wochen später hatte derselbe Fachbereichsrat sich anders besonnen und von administrativen Maßnahmen abgeraten. Gleichwohl diente sein erster Beschluß dem Senator als Verbots-Begründung; selbst der „Tagesspiegel“ kritisierte mild, allein aus den Themen könne man wohl keinen Verfassungsbruch ableiten und eine inhaltliche Überprüfung habe gar nicht stattgefunden. Rotzeg-Stellungnahme: „Im März 1971 stehen die Abgeordnetenhauswahlen bevor. Die SPD fürchtet um Wählerstimmen. Mit dem Verbot des Sozialistischen Studiums soll die antikommunistische Gesinnung zur Schau gestellt werden.“